

Prof. Dr. Peter Maser

Mit Herrn Luther alles in Butter? Luther- bzw. Reformationsfeiern 1983 im geteilten Deutschland und 2017 im wiedervereinigten Land¹

Ursprünglich galt mein Interesse dem Lutherjahr 1983 in der DDR als einem gesamtgesellschaftlichen Ereignis, das die krisenhaften Entwicklungen im späten SED-Staat beschleunigte. Später dann konnte ich nach Zugang zum Archiv des Bundeskanzleramtes diese Zusammenhänge auch als eine gesamtdeutsche Geschichte auf staatlicher und kirchlicher Ebene schildern. Was zunächst letztlich doch nur noch historisches Interesse zu verdienen schien, gewinnt im Rahmen der Reformationsdekade nun aber vielleicht auch wieder aktuelle Bedeutung: Es mehren sich ja die Anzeichen dafür, daß manche Fehler, die damals gemacht wurden, nun erneut gemacht werden. Aber eins nach dem anderen!

Meine Themenformulierung „Mit Herrn Luther alles in Butter?“ mag manchen einigermaßen bedenklich erscheinen: Was soll das nun wieder? Diese Bedenkenträger sollten aber in Rechnung stellen, daß ein Kirchenhistoriker, wenn er Provokatives formuliert, zumeist zitiert. Ich zitiere mit dem Titel meines Beitrages aus dem Programm des Ost-Berliner Kabarettts „Die Distel“ vom September 1981, wo man munter-holprig reimte:

*Wer immer noch glaubt,
der Martin sei für unser Gescheh'n,
philosophisch gesehn,
nicht ganz legitim –
der Genosse Erich steht hinter ihm!
Kurz: Mit Herrn Luther
Ist alles in Butter. [...]
Aber bitte nicht gleich übertreiben.
Es ist nicht vonnöten,
daß alle Jenossen*

¹ Der am 23. März 2015 im Arbeitskreis der EKU-Stiftung für kirchengeschichtliche Forschung gehaltene Vortrag basiert auf meiner umfassenderen Abhandlung „Mit Luther alles in Butter“. Das Lutherjahr 1983 im Spiegel ausgewählter Akten. Hg. vom Berliner Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung unter Mitarbeit von Johannes Gruhn, Berlin 2013. Die Anmerkungen zur Reformationsdekade 2017 waren als Ausgangspunkt einer Diskussion im Arbeitskreis gedacht, zu der es aus Zeitmangel allerdings nicht mehr kam.

Und das war auch gut so, denn das Jahr 1976 sollte sich als ausgesprochenes Krisenjahr in der DDR zeigen: im August verbrannte sich Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz, Rudolf Bahro veröffentlichte seinen systemkritischen Traktat „Die Alternative“, im November bürgerte die SED-Führung den Liedersänger Wolf Biermann aus, und im Gefolge der 1975 verabschiedeten KSZE-Schlußakte politisierte sich die Oppositionsbewegung „unter dem Schuttdach der Kirche“ allmählich, aber unaufhaltsam. In dieser Situation suchte Manfred Stolpe, der in den SED-Akten gelegentlich in geradezu klassischer Freudscher Fehlleistung als „Generalsekretär des BEK“ bezeichnet wurde, ab Mitte 1977 Gesprächskontakte mit der SED-Führung. Das eigentliche Ziel des Leiters des BEK-Sekretariats dabei war es, die damals noch keineswegs sichere Wiederwahl Bischof Schönherr zum BEK-Vorsitzenden durch „eine Begegnung zwischen Schönherr [...] mit dem Vorsitzenden des Staatsrates“, also Honecker, abzusichern, und dabei könnten dann gleich auch noch „ein paar Positionen gemeinsamer Interessen oder auch von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung“ besprochen werden⁵.

Im November 1977 wurde Bischof Schönherr dann zwar ohne direkte Mitwirkung der SED auf der Herrnhuter Synode wiedergewählt, aber Stolpe diagnostizierte nüchtern, die Stellung des Bischofs in der Konferenz der Kirchenleitung müsse doch als „geschwächt“ betrachtet werden. Die „Möglichkeit direkter Absprachen mit der Partei“ könne hier hilfreich sein⁶. Am 6. Dezember 1977 fand sich daraufhin Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, zu einem Gespräch mit Bischof Schönherr bereit. Gewissermaßen als Lockspeise bot Stolpe an, der Bischof könne dabei „über seine Gespräche mit führenden Politikern der BRD im Zusammenhang mit einem Besuch der Synode der EKD in Saarbrücken“ berichten. Honecker hatte dieses Angebot eigenhändig markiert, und seine Erwartungen sollten nicht enttäuscht werden: Schönherr plauderte sehr offenherzig und durchaus „parteilich“ gegenüber Verner über seine Kontakte zu Wehner, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Heiner Geißler und - besonders böseartig – zu Helmut Kohl. Honecker hat das alles mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, wie seine Unter-

⁵ AG Kirchenfragen: Information über ein Gespräch mit Oberkonsistorialrat Stolpe, Generalsekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (am 15.7.1977) vom 18.7.1977, gez. Bellmann – SAPMO IV B 2/14/40, vgl. Landtag Brandenburg I. Wahlperiode (Hrsg.): Bericht des Untersuchungsausschusses 1/3 (Stolpe-Untersuchungsausschuß). Drucksache 1/3009 (mit zwei Bänden Anlagen). Potsdam 1994, Anlagen, Teil A, Anlage 59.

⁶ AG Kirchenfragen- 64: „Information über zwei Gespräche mit dem Generalsekretär des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkonsistorialrat Stolpe, am 8.11. und 25.11.1977“, gez. Rudi Bellmann, 26.11.1977, zitiert nach Landtag Brandenburg 1994, Anlagen, Teil A, Dok. 57.

streichungen im streng geheimen Protokolltext belegen. Nachdem der Boden so vorbereitet worden war, konnte Verner mitteilen, der Vorsitzende des Staatsrates werde der BEK-Bitte „sicherlich“ entsprechen „und den Vorstand des Kirchenbundes“ empfangen. Manfred Stolpe stellte daraufhin in einem „Aufriß“ die Vielzahl der Probleme zusammen, die im Vorfeld dieser Begegnung erörtert werden sollten. Manches davon wurde von der SED-Führung nicht akzeptiert, anderes als verhandelbar bezeichnet. Immerhin: Das näher kommende Lutherjubiläum rückte jetzt unter den in absehbarer Zeit regelbaren Problemen an die erste Stelle⁷.

Als sich Bischof Schönherr zwei Tage nach dem Gespräch mit Verner mit dem EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Helmut Claß, in der Ost-Berliner Auguststraße 80 traf, vermied er laut MfS-Protokoll gegenüber dem westdeutschen kirchenleitenden Bruder übrigens jeden Hinweis auf die neue Vertraulichkeit, die sich da zwischen Kirchenführung und Partei- und Staatsführung herausbildete⁸. Beim Bischofskonvent Ende Januar 1978 in Bad Saarow informierte der leitende Bischof dann jedoch seine Kollegen über die Kontakte zur SED-Führung und soll zudem, wie u.a. ein IM „Sekretär“ berichtete, tatsächlich erklärt haben, „daß die Arbeit des MfS auf dem Sektor Kirche [inzwischen] qualifizierter durchgeführt wird“⁹.

Am 6. März 1978 fand im Ost-Berliner Staatsratsgebäude das bisher größte kirchenpolitische Ereignis in der DDR statt - das „Spitzengespräch“ zwischen BEK und SED-Staat. Der IM „Sekretär“ fand sich noch am gleichen Tag ab 17 Uhr zu einem Gespräch im konspirativen MfS-Objekt „Wendenschloß“ ein. Kurze Zeit darauf ordnete Stasi-Minister Mielke an, den IM „Sekretär“ zum Nationalfeiertag der DDR auszuzeichnen. Welche Zusammenhänge zwischen diesem tschekistischen Befehl und der Verleihung der Verdienstmedaille der DDR an Manfred Stolpe am 7. Oktober 1978 bestehen, konnte auch der Stolpe-Untersuchungsausschuß des Brandenburger

⁷ Vermerk Paul Verners „über die Gespräche Bischofs Schönherr mit Wehner, Schmidt und Kohl (CDU)“ vom 9.12.1977, SAPMO DY/IV 2/2.036/43 (Büro Paul Verner im SED-Bestand).

⁸ BStU HA XX/4: „Information Zusammenkunft zwischen der Leitung des ‚Bundes der Evangelischen Kirche [sic!] in der DDR‘ und der Leitung des Rates der ‚Evangelischen Kirche in Deutschland‘ (EKD)“, 9.12.1977, zitiert nach Landtag Brandenburg 1994, Anlagen, Teil B, Dok. 19.18.

⁹ BStU HA XX/4 ohne Datum: „Tagung des Bischofskonvent vom 9.–12.1.1978 in Bad Saarow“, zitiert nach Landtag Brandenburg 1994, Anlagen, Teil B, Dok. 19.19. Der Bericht beruft sich auf Informationen der IM „Orion“, „Ingo“ und „Sekretär“, also der Bischöfe Gienke und Braecklein sowie Manfred Stolpes.

Landtages nicht restlos sicher abklären¹⁰. Der Begegnung vom 6. März 1978 ist später immer wieder ein quasi verfassungsmäßiger Rang zugesprochen worden. SED-Politbüromitglied Paul Verner und Stasi-Chef Mielke haben das bereits unmittelbar danach in langwierigen Referaten ihren leitenden Mitarbeitern zu erklären versucht, während man im BEK vorerst so weiterzumachen versuchte, als sei fast nichts geschehen.

Hier soll jedoch nur der Coup interessieren, den Honecker am 6. März 1978 landete, wenn er den kirchenleitenden Gästen ohne jede Vorankündigung erklärte: „Die DDR versteht sich als Erbin alles Progressiven und Humanistischen in der Geschichte unseres Volkes. Sie wird rechtzeitig durch eine staatliche Kommission das Lutherjubiläum 1983 vorbereiten. Es ist zweckmäßig, die staatlichen Vorhaben zum Lutherjubiläum zu koordinieren.“¹¹ Was mit dieser Erklärung auf den Weg gebracht worden war, wurde zunächst weder beim BEK noch im SED-Apparat oder gar im MfS wirklich begriffen. Honecker hatte damit die grundsätzliche Frage aufgeworfen: Wem gehört Luther? Woraus sich zwangsläufig die weitere Frage ergab: Wer wird die Führung bei der bevorstehenden Lutherehrung übernehmen? Weder war die marxistische Luther- und Reformationsforschung, deren Entwicklung ein eigenes Thema wäre, darauf vorbereitet, noch der Partei- und Staatsapparat, von den Kirchen ganz zu schweigen, die von solcher ideologischen Neuorientierung ebenfalls zunächst schlicht überfahren wurden. Aber das ging schließlich auch der breiten Phalanx der westlichen DDR-Auguren nicht anders.

Was bezweckte Honecker, der erst im Mai 1979 seinen putschartigen Alleingang in Sachen „Luther“ durch einen ZK-Beschluß absegnen lassen konnte, mit dieser 180-Grad-Wende in der Bewertung Luthers vom „Fürstenknecht“ zu einer der „großen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte von Weltgeltung“ (Thesen), wie Luther fortan stereotyp apostrophiert wurde? Vordergründig ging es dem Staats- und Partei-

¹⁰ Vgl. Landtag Brandenburg 1994, S. 166. Dort sind alle Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dieser Ordensverleihung zusammengestellt worden.

¹¹ Beschluß des Politbüros vom 14. März 1978 über das Gespräch Erich Honeckers mit dem Vorstand der KKL am 6. März 1978, SAPMO ZPA J IV 2/2/1716, zitiert nach Frédéric Hartweg (Hrsg.): SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Bd. 2: 1968-1989, bearbeitet von Horst Dohle. Neukirchen-Vluyn 1995 (= Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jh. [Quellen] 2/2), Bd. 2, S. 328-341, bes. S. 336. Diese Ankündigung kam für die kirchliche Seite allerdings nicht überraschend, hatte Paul Verner doch darüber schon am 6. Dezember 1977 mündlich Bischof Schönherr informiert: „Für den im Jahre 1983 bevorstehenden 500. Geburtstag Martin Luthers wurde eine sinnvolle Koordination der staatlichen und kirchlichen Maßnahmen empfohlen“, SAPMO ZPA IV B 2/2.036/49, zitiert nach Hartweg 1995, S. 323-326, bes. S. 324.

chef gewiß um die nachhaltige Verbesserung des internationalen Ansehens der DDR. Honecker träumte für 1983 von Staatsbesuchen aller „protestantischen Monarchen Europas“ in der DDR – als Vorstufe seines eigenen Staatsbesuches in den USA! Zugleich sollte die internationale Öffentlichkeit endlich begreifen, daß „die sozialistische Gesellschaft der beste Sachwalter aller humanistischen Traditionen ist“¹². Diese „sozialistische Gesellschaft“ indes war je länger je mehr immer mürber geworden und wurde auch von Mauer und Stacheldraht nicht mehr zuverlässig zusammengehalten. Da konnte eine Neuauflage des alten „Thron und Altar“-Modells unter sozialistischen Vorzeichen zur großen Hoffnung werden, vor allem dann, wenn es durch die Injektion einer kräftigen Dosis protestantischen Arbeitsethos' gelingen sollte, die wankende Arbeitsmoral der führenden Klasse entscheidend zu verbessern. Ansonsten interessierte man sich auch noch diskret dafür, wie es Luther gelungen war, seiner „Revolution“ Dauerhaftigkeit über Jahrhunderte hinweg zu sichern – deshalb das gesteigerte Interesse am „alten Luther“.

Für den BEK stand angesichts dieser offensiven Erwartungen von Anfang fest, daß man sich solchen Umarmungsversuchen von Staat und Partei strikt entziehen müsse: „Eine formelle Mitgliedschaft in dem zu erwartenden staatlichen Luther-Komitee wird nicht befürwortet [...]“¹³ Damit war eine Grundsatzentscheidung getroffen, an der die evangelischen Kirchen glücklicherweise auch dann festhielten, als zunächst Kirchen-Staatssekretär Hans Seigewasser und dann ab November 1979 dessen Nachfolger Klaus Gysi alle Mittel der Überredung einsetzten, um diese Haltung aufzuweichen. Ausschlaggebend für diese Festigkeit der kirchlichen Haltung waren vor allem die schlechten Erfahrungen, die man mit dem Reformationsjubiläum 1967 gemacht hatte. Auch die Einführung des Unterrichtsfachs „Sozialistische Wehrerziehung“ zum 1. September 1978 dürfte zu entschiedener Vorsicht geraten haben. Die „Bereitschaft zu Arbeitskontakten“ ließ sich jedoch nicht verweigern und sollte im Lutherjahr noch zu vielfachen Irritationen innerhalb und außerhalb der DDR führen.

¹² Vgl. Information über eine Beratung der Abteilung Kultur und der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK zur Vorbereitung des 500. Geburtstages von Martin Luther im Jahre 1983, SAPMO DY 30/IV 2/2.036.48; vollständig abgedruckt bei Martin Roy: Luther in der DDR. Zum Wandel des Lutherbildes in der DDR-Geschichtsschreibung. Bochum 2000 (= Studien zur Wissenschaftsgeschichte 1, S. 317-322. Das Buch steht als PDF-Datei komplett unter www.winklerverlag.de/verlag/v24-8x/v24-8-00.pdf zur Verfügung!

¹³ Vgl. 3. Sitzung der Koordinierungsgruppe: „4. Staatliche Aktivitäten“, 12.4.1978, EZA 100/3000.

Anfang Juli 1979 meldete Günter Gaus als Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin per Telex an das Bonner Bundeskanzleramt: „Jetzt soll nun endgültig Luther für die Geschichte des sozialistischen deutschen Staates voll in Anspruch genommen werden. Aus Luther soll, wie es ein Funktionär formulierte, ‚unser Luther‘ werden.“¹⁴ Ziemlich genau ein Jahr später, nämlich am 14. Juni 1980, erschien das „Neue Deutschland“, das Zentralorgan der SED, mit der Balkenüberschrift „Unser Staat pflegt das Erbe aller, die zur Weltkultur Großes beitrugen“. Nicht weniger als zehn, teilweise großformatige Fotos, von denen einige den strahlenden Honecker in der Gesellschaft von Bischöfen im Lutherrock mit großem silbernen Amtskreuz abbildeten, signalisierten den Beginn der eigentlichen Lutherfeiern: Das staatliche Lutherkomitee, dem nicht weniger als 102 „führende Persönlichkeiten“ unter Vorsitz Honeckers, dem der Ost-CDU-Vorsitzende Gerald Götting als Stellvertreter assistierte, angehörten, konstituierte sich mit aller Feierlichkeit. Die Bischöfe hatten einer Einladung zu diesem gesellschaftlichen Großereignis nicht ausweichen können. Für die Zeitungsleser in der DDR wirkte ihre Beteiligung allerdings keineswegs nur dekorativ, zumal Honecker unmittelbar vor Betreten des Festsaals im Staatsratsgebäude Bischof Werner Leich an seine Seite gebeten hatte. Der thüringische Landesbischof ließ es sich trotz dieses publikumswirksamen Tricks nicht nehmen, in einer sehr bemerkenswerten Rede die spezifisch kirchlichen Anliegen bei der bevorstehenden Lutherehrung sehr klar herauszustellen und die enge Verbindung zu den „evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, in Skandinavien und anderen Nachbarländern, die wie wir durch die Wirkungsgeschichte Martin Luthers geprägt sind“, zu betonen¹⁵. Das „Neue Deutschland“, das auch diese Rede getreulich abdruckte, war, was ihm sonst nur sehr selten passierte, schon um die Mittagszeit in

¹⁴ Vgl. StäV: Fernschreiben Gaus an BK. Gruppe 22, BMB und AA, „Betr.: Geschichtsbild der DDR im Zusammenhang mit den Luther-Ehrungen 1983“, 9.7.1979, BA II 6-18010.

¹⁵ In einem Pressebulletin des Organisationsbüros der Martin-Luther-Ehrung von 1982 las sich das dann folgendermaßen: „Dem Martin-Luther-Komitee der DDR gehören hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an: Mitglieder der Volkskammer, des Staatsrates und des Ministerrates der DDR, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED, Vorsitzende und weitere Repräsentanten der anderen in der Nationalen Front der DDR vereinten demokratischen Parteien und Massenorganisationen, Präsidenten der Künstlerverbände, verantwortliche Vertreter der örtlichen Staatsorgane, namhafte Wissenschaftler der verschiedenen Disziplinen, Künstler, Direktoren bedeutender Einrichtungen. Das Martin-Luther-Komitee der DDR vereint Vertreter aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und besitzt damit einen außerordentlich hohen gesellschaftlichen Rang. In diesem Sinne ist es Ausdruck der politisch-moralischen Einheit des Volkes und unterstreicht die herausragende Bedeutung, die der Luther-Ehrung der DDR beigemessen wird. An den Beratungen nehmen auch leitende kirchliche Amtsträger als Vertreter des Luther-Komitees der Evangelischen Kirchen teil.“

der gesamten DDR restlos ausverkauft¹⁶. Günther Gaus berichtete nach Bonn umgehend vom „behutsamen Umgang miteinander“ und „der unwidersprochen gebliebenen Hinnahme der jeweils anderen Position in weltanschaulichen Fragen und in den historischen Betrachtungsweisen“. Bischof Leichs Rede hätte „den Christen im Lande berufbare Leitlinien für ihre Auseinandersetzungen mit örtlichen Staats- und Parteistellen an die Hand gegeben“. Abschließend notierte der bundesdeutsche Spitzendiplomat in der DDR: „Für viele SED-Mitglieder [...] wird nur schwer nachvollziehbar sein, mit welchem Aufwand und auf welcher hohen Ebene ein marxistisch geprägter Staat mit einer atheistischen Ideologie das Wirken einer der größten christlichen Persönlichkeiten der Geschichte würdigt. Wie aus anderen Anlässen bekannt ist, begegnet allein schon das öffentliche Auftreten des Parteichefs im Kreise von Bischöfen [...] Bedenken, Unverständnis bis hin zu Aversionen vieler Parteimitglieder.“¹⁷ Das erkannte zu jenem Zeitpunkt ansonsten nur das MfS in dieser Klarheit!

Der äußere Ablauf des Lutherjahres soll hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Viele von Ihnen werden sich noch an die schier endlose Serie von festlichen Begegnungen, Neueröffnungen rekonstruierter Lutherstätten, Buchpremierer, künstlerischen Produktionen aller Art bis hin zu dem großen dreiteiligen Fernsehfilm über Luther, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Konferenzen und bedeutender Ausstellungen erinnern, die damals das Fassungsvermögen nicht nur der sozialistischen DDR-Gesellschaft strapazierten. Erich Honecker hatte die gesamtgesellschaftliche Totalmobilisierung unter dem Zeichen Luthers angeordnet, und alle mußten ihre „Beiträge“ leisten – selbstverständlich bis hin zum MfS, das neben dem Partei- und Staatsapparat fortlaufend bilanzierte, was bis hinunter auf die Kreis- und Ortsebene geleistet wurde.

Nur aus den internen Akten läßt sich ablesen, welche Anstrengungen das auch in ökonomischer Hinsicht verursachte. Die Mangelwirtschaft der DDR wurde hier an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geführt. Es fehlte an fast allem – an ausreichenden Baubilanzen, Hotelbetten, deren Zahl durch sog. „Betten- und Nachbettenbörsen“

¹⁶ Vgl. Werner Leich: Wechselnde Horizonte. Mein Leben in vier politischen Systemen. Wuppertal, Zürich 1992, S. 191f. Hier irrt der thüringische Landesbischof allerdings, was die Einmaligkeit des Vorgangs angeht. So waren z.B. auch die DDR-Zeitungen mit den Beschlüssen der Konferenz von Helsinki ein großer Verkaufsschlager gewesen.

¹⁷ Vgl. StäV: Fernschreiben Gaus an BK. Gruppe 22, BMB und AA, „Betr.: Luther-Ehrungen in der DDR aus Anlaß des 500. Geburtstages 1983“, 18.6.1980, BA II 6-18010.

vermehrt werden sollte¹⁸, Druckpapier, Bussen zum Transport der Touristen, die zu Zehntausenden in die DDR strömten, Eisenbahnwagen und Fertigungskapazitäten für die Herstellung der diversen Luther-Souvenirs, mit denen man doch einen „möglichst großen Wertzuwachs“¹⁹, natürlich vor allem in West-Devisen, erzielen wollte. Die Organisationsmöglichkeiten einer zentralgeleiteten Planwirtschaft konnten da zwar vieles – wenigstens nach außen hin – verdecken, aber das System ächzte unter den von der Führung verordneten Lasten. Die wachsende Unzufriedenheit an der Basis blieb zumindest dem MfS nicht verborgen, wenn z.B. SED-Mitglieder empört fragten, weshalb die Thesen zum Karl-Marx-Jahr, das 1983 in der DDR über allem Luther-Jubel fast vergessen worden wäre, nur auf dürftigstem Papier gedruckt wurden, während die Thesen zum Luther-Jahr sich holzfrei und in edlem Rohleinenengewand sogar auf dem Büchertisch zur Karl-Marx-Konferenz im Ost-Berliner Palast der Republik präsentieren durften²⁰.

Probleme bereiteten natürlich insbesondere die Touristen aus dem NSW, also dem „nicht-sozialistischen Währungsgebiet“, von denen „32.000 Personen in 950 Gruppen im Rahmen des normalen Tourismus“ in die DDR einreisten²¹. Aus der „BRD“ kamen alleine rund 8.000 „Lutherpilger“, aus der Schweiz 4.100 und aus den USA ebenfalls rund 4.000. Die Mitarbeiter des Jugendobjekts „Betreuung ausländischer Touristen, die anlässlich des 500. Geburtstages Luthers die DDR besuchen“, mußten in Halle einen „Speziallehrgang“ besuchen, um sich von der Crème der marxistischen Lutherforscher sachlich aufrüsten zu lassen²². Der „Terminologiedienst“ des VEB Intertext hatte seine „Vokabellisten zu Kirchenfragen“ zu erweitern, die „Stadtbilderklärer“ wurden für ihre Doppelaufgabe als DDR-Propagandisten und fachlich versierte Touristenbetreuer fortlaufend weitergebildet und in besonderer Weise vom MfS unter

¹⁸ Vgl. VEB Reisebüro der DDR. Generaldirektion: „Konzeption des Reisebüros der DDR zur Vorbereitung und Durchführung von Touristenreisen anlässlich des 500. Geburtstages von Martin Luther“, 27.4.1982, BA DO 4/452.

¹⁹ Vgl. Amt für Preise. Ministerium für Kultur: Vermerk zur Beratung beim Rat des Bezirkes Halle „zur Preisbildung im Rahmen der Luther-Ehrung 1983“, 3.2.1983, ACDP VII-010, Nr. 3391.

²⁰ Vgl. „Tagesordnung für die Beratung der Arbeitsgruppe beim ZK der SED zur Koordinierung und Kontrolle der politischen Aktivitäten zur Martin-Luther-Ehrung der DDR 1983 am Dienstag, dem 26. Oktober 1982“ (mit „Beiträge zur 2. Beratung der Arbeitsgruppe Luther-Ehrungen“ und „Ausführungen des Genossen Paul Verner“), BA DY 30/IV/2.036/48.

²¹ Vgl. Ministerium für Verkehrswesen. Stellvertreter des Ministers. Gerber: „Protokoll der Beratung der ZAG Tourismus anlässlich der Luther-Ehrung am 2.12.1983“, 16.12.1983, BA DO 4/452.

²² Vgl. VEB Reisebüro der DDR. Generaldirektion: „Konzeption des Reisebüros der DDR zur Vorbereitung und Durchführung von Touristenreisen anlässlich des 500. Geburtstages von Martin Luther“, 27.4.1982, BA DO 4/452.

Kontrolle genommen bzw. zu intensiver Zusammenarbeit als „IM mit Feindberührung“ zur Beobachtung „operativ-interessierender Touristengruppen“ geworben.

Besondere Sorgen bereiteten verständlicherweise die sog. „Polittouristen“ wie Richard von Weizsäcker, Peter Lorenz, Johannes Rau, Helmut Schmidt oder Friedrich Vogel, für die eine besondere „Sicherung und Kontrolle“ organisiert wurde – gelegentlich auch in Form von „Lagefilmen“²³, Aufzeichnungen in Protokollform, in denen rund um die Uhr und minutengenau alle Aktivitäten, Kontaktpersonen und Gespräche zur sofortigen operativen Aufklärung auf Hunderten von Seiten festgehalten wurden. Trotz allem Aufwand stellte das MfS aber bald fest, die Überwachung konnte nicht komplett abgesichert werden. Allzu viele Touristen reisten nur mangelhaft kontrolliert auf der Grundlage privater Einladungen und als Gäste einzelner Kirchengemeinden durch die DDR, hatte die Partei- und Staatsführung doch eine ungewohnte Liberalität bei der Gewährung von Einreisegenehmigungen verordnet. Die meisten Touristen verhielten sich allerdings offensichtlich ganz brav, wenn auch oft peinlich naiv. Die MfS-Männer hielten das zunächst für eine besonders raffinierte Tarnung des Klassenfeindes, bis sie begreifen mußten, so viel törichte Arglosigkeit und hoffnungsselige Ex-Oriente-Lux-Frömmigkeit grassierte tatsächlich in bestimmten protestantischen Milieus des Westens.

Eine ungleich problematischere Besuchergruppe als die touristischen „Lutherpilger“ bildeten die „Vertreter westlicher Massenmedien“, die entweder bereits als Korrespondenten in der DDR akkreditiert waren oder nun als „Reisekorrespondenten“ in das ummauerte Land einfielen. Ihre Situation war mehr als kompliziert, waren die Bedingungen für journalistische Aktivitäten in der DDR doch keineswegs klar formuliert. Viele beobachteten mit einem von Entspannungseuphorie beseelten inneren Zensor das sozialistische Land im reformatorischen Feierrausch. Im MfAA, aber auch beim BEK wurden sie alle trotzdem in erschreckender Einmütigkeit vorwiegend als Gegner betrachtet, die zu disziplinieren und zu isolieren seien. Auch Bischof Leich beklagte sich gegenüber leitenden SED-Funktionären über die „böartige Berichterstattung der Westpresse“, und OKR Dr. Zeddies vom kirchlichen Lutherkomitee bot den Genossen gegenüber Absprachen darüber an, „wie man die zunehmende Flut

²³ Zum Lagefilm über den Weizsäcker-Besuch beim Kirchentag in Wittenberg vgl. MfS. BV Halle: „Lagefilm“ vom 22.9. und 24.9. [1983], BStU MfS BV Halle XX Sachakten 404.

von journalistischen Arbeitsvorhaben ausländischer Journalisten abwiegeln kann“²⁴. Wo die Kirchenvertreter sich nicht freiwillig an der Zähmung der West-Journalisten beteiligten, kam der Pressebeauftragte des BEK, Pfarrer Rolf-Dieter Günther, zum Einsatz, der bereits seit 1968 als IM „Wilhelm“ beim MfS unter Vertrag stand²⁵. Die zahlreichen Observationsberichte über einzelne prominente West-Journalisten wie Karl-Alfred Odin von der FAZ, Karl-Wilhelm Fricke vom Deutschlandfunk, Karl-Heinz Baum von der Frankfurter Rundschau oder Ulrich Schwarz vom „Spiegel“ registrierten oft unsägliche Banalitäten, zumal die eingesetzten IM häufig von der intellektuell harmlosesten Machart waren, demonstrieren andererseits aber auch die hohe kriminelle Energie, mit der das MfS in regelmäßigen „Wochenberichten“ die Aktivitäten dieser „feindlich-negativen Kräfte“ aufzuklären und abzublocken versuchte, bemühten sich diese doch sogar darum, „Informationen zu Problemen des Umweltschutzes zu erlangen“, was ja nun wirklich empören mußte.

Auf internationaler diplomatischer Ebene wurde das Lutherjahr 1983 spätestens ab 1980 virulent. Als Zielvorstellung der Partei- und Staatsführung der DDR definierte Gerald Götting im April 1981 gegenüber Honecker die Beteiligung der „Staatsoberhäupter solcher Länder [...], die auf besondere Weise in ihrer Geschichte mit der Reformation und dem Wirken Martin Luthers verbunden sind“. Genannt wurden die skandinavischen Länder (Schweden, Norwegen, Finnland, das kleine Dänemark vergaß Götting dabei schmäählich, was Königin Margarethe II. gewiß betrübt hätte, wenn sie es erfahren hätte), Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz und die „BRD“, aber auch die UdSSR, die Ungarische VR, die ČSSR und die VR Rumänien²⁶. Daß eine „höchste Persönlichkeit“ aus den USA sich bitten lassen würde, wagte wohl sogar ein Erich Honecker nicht zu träumen. Neben den gekrönten und ungekrönten Staatsoberhäuptern hoffte man natürlich auch auf Visiten „höchster Würdenträger und Persönlichkeiten“ aus der Ökumene, die zumeist jedoch auf der Kirchenlinie eingeladen werden sollten.

²⁴ Dohle: „Vermerk“ [über ein Gespräch mit OKR Zeddies und Pfr. Zollmann am 2.3.1983], 4.3.1983, BA DO 4/455.

²⁵ Vgl. zu Pfarrer Günther Tina Krone, Reinhard Schult: Seid untertan der Obrigkeit. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4, Berlin 1982, S. 18-52; vgl. auch Martin-Luther-Komitee der DDR. Organisationsbüro. Rakotz: „Vermerk über ein Gespräch mit Herrn Pfarrer Günther während des Empfanges anlässlich des Kirchentages am 24.9.1983 in Wittenberg“, 26.9.1983, BA DO 4/452.

²⁶ Vgl. Brief Götting an Honecker, 13.5.1981, Anhang, ACDP VII-010, Nr. 3391.

So viel diskrete diplomatische Betriebsamkeit in Ost-Berlin konnte der dortigen Ständigen Vertretung der Bundesrepublik natürlich nicht verborgen bleiben. Bereits 1979 hatte es deswegen erste Meldungen nach Bonn gegeben, die übrigens von streng geheimen Sondierungen des dänischen Botschafters ausgelöst worden waren. Im April 1981 begriff man endlich auch auf der Ebene der Bundesregierung, welchen Druck die DDR-Diplomatie hier auf deutsch-deutscher und internationaler Ebene aufzubauen begann. Die Debatten um den NATO-Nachrüstungsbeschluß und das sich abzeichnende Ende der sozialliberalen Koalition unter Kanzler Helmut Schmidt warfen ihre Schatten voraus. Regierungsintern verständigte man sich nun verhältnismäßig rasch darauf, daß keine „Konkurrenz“ zur DDR aufgebaut werden solle, Veranstaltungstermine behutsam – vor allem unter Einschaltung der Kirchen – abzustimmen wären, in der Bundesrepublik die „staatliche Seite nicht originärer Veranstalter oder Träger des Luther-Gedenkens“, sondern „vielmehr beteiligt“ sein wolle und schließlich alle Fragen der „Einladungspolitik“ in sorgfältiger Abstimmung mit den Verbündeten zu klären seien²⁷. In vertraulichen Konsultationen informierte das Kanzleramt hochrangige Kirchenvertreter aus beiden deutschen Staaten über den Stand der Dinge. Joachim Rogge, Präsident des EKU-Kirchenamtes in Ost-Berlin, konnte dabei wichtige theologisch-ideologische Aufklärungsarbeit leisten, während OKR Helmut Zeddies die kirchenpolitischen Vorgaben des BEK erläuterte.

Enormer Druck entstand, als der notorische „Wanderfreund“ Carl Carstens den dezierten Wunsch erkennen ließ, als „Lutherpilger“ in die DDR zu reisen. Die Verhandlungen über diese präsidentiale Option, durch die protokollarische und Statusfragen von höchster Bedeutung berührt wurden, beschäftigten immer neue Expertenrunden bis hin in das Bundeskabinett, wobei übrigens auch mehrfach die „innere Lage der DDR“ angesprochen wurde, „die im nächsten Jahr vermutlich von Versorgungsmängeln, allgemeinen wirtschaftlichen Problemen und einem Stimmungstief der Bevölkerung gekennzeichnet sein wird“²⁸. Zeitweilig stand sogar auch ein Besuch des Bundeskanzlers in der DDR auf der Tagesordnung. Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin tat fast alles, um den Staatsbesuch des Bundespräsidenten möglich zu machen. Auch aus der DDR wurden immer neue Signale lanciert, wie sehr, allerdings auch unter

²⁷ Vgl. BMB: Vermerk für den Parl. StS, „Betr.: Luther-Gedenkjahr 1983, hier: Vorbereitungen und Planungen in der DDR – Bericht im BT-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen am 8. April d.J.“, 6.4.1981, BA II 6-18010.

²⁸ Vgl. ebd.

welchen Bedingungen man sich diese Staatsvisite wünsche. Auch der neue Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte noch am 11. Juni 1983 in einem streng vertraulichen Gespräch mit den Bischöfen Lohse und Hempel sowie Konsistorialpräsident Stolpe, „er hoffe sehr, daß er Herrn Honecker bald begegnen könne; er hoffe auch, in nächster Zeit einen Besuch in der DDR machen zu können“. Kirchenstaatssekretär Klaus Gysi konnte darüber auf der Grundlage einer einschlägigen MfS-Meldung unmittelbar danach Honecker Bericht erstatten²⁹. Alle deutsch-deutschen Träume und Versuche dieser Art scheiterten letztlich doch an der entschieden ablehnenden Haltung der westlichen Verbündeten. Am 24. August 1983 sagte Bundespräsident Carstens deshalb in einem Schreiben an Honecker „aus terminlichen Gründen“ ab³⁰. Der Absagebrief Bundeskanzlers Helmut Kohl folgte umgehend³¹. Ein Besuch Helmut Schmidts in der DDR im September 1983, bei dem es auch zu einem sehr offenen Gespräch mit Honecker kam³², konnte das diplomatische Desaster für die DDR nicht mehr heilen: Letztlich ließ sich keines der eingeladenen Staatsoberhäupter in der DDR blicken!

Innerhalb des BEK war man sich sehr wohl bewußt, in welcher Distanz zu den Gemeinden die offiziellen kirchlichen und staatlichen Veranstaltungen zum Lutherjahr ablaufen würden. Deshalb begann man bereits 1976 Kirchentagskongresse bzw. Kirchentage zu planen: „Kirchentage waren darauf angelegt, Kirchengrenzen zu überschreiten und eine größere Öffentlichkeit anzusprechen, also alles zu tun, was eine ‚Kirche im Sozialismus‘ gerade nicht tun sollte“, erinnerte sich Otto Schröder, der Vorsitzende der Kirchentagsausschüsse, 1994³³. Ein zentraler Kirchentag für die ganze DDR wurde allerdings weder von der BEK-Leitung noch von der sächsischen Landeskirche oder gar von der staatlichen Seite gewünscht. Deshalb plante man

²⁹ StS für Kirchenfragen: Brief Gysi an Honecker (Entwurf), [Juni 1983], BStU HA XX/4 2064. Nachdem Bundeskanzler Kohl über die Begegnung mit den Kirchenführern aus der DDR bei einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes berichtet hatte, kamen darüber bald auch fragmentarische Meldungen in die westdeutsche Presse; vgl. Die Welt vom 15.6.1983: „Kohl sprach mit Kirchenführern aus der ‚DDR‘“.

³⁰ Vgl. StäV: Fernschreiben Bräutigam an BK. Gruppe 22, „Betr.: Einladung Bundespräsident zur staatlichen Luther-Feier am 9.11.83“ mit Anhang Schreiben des Bundespräsidenten an Honecker vom 24.8.1983, 24.8.1983, BA II 6-3430-18010.

³¹ Vgl. SAPMO ZPA J IVJ/82, zitiert nach Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren. München 1995, S 172 Anm. 18.

³² Vgl. MfS. HA XX: „Information über den Aufenthalt des Ex-Bundeskanzlers der BRD, Schmidt, vom 3.-5.9.1983 in der DDR“, 25.8.1983, BStU HA XX/4 2064, und MfS. HA XX: „Information 595/83 über den Aufenthalt des Ex-Bundeskanzlers der BRD, SCHMIDT, in der DDR vom 3.9. bis 5.9.1983“, 3.9.1983, BStU MfS BV Halle XX-1118.

³³ Otto Schröder: Auf schmalem Grat. Aus dem Leben eines Pastors in der DDR. Berlin 1994, S. 178.

sieben regionale Kirchentage in Erfurt, Dresden, Rostock, Magdeburg, Eisleben, Frankfurt/Oder und Wittenberg. Als gemeinsames Thema fand sich nach einigem Hin und Her die Formulierung „Vertrauen wagen“, die hinreichend unbestimmt blieb, um darunter inhaltlich so ziemlich alles vorstellbar werden zu lassen. Zur gleichen Zeit kündigte das kirchliche Lutherkomitee an: „Hohe ökumenische Beteiligung wird erwartet.“³⁴ Das sollte für das Selbstwertgefühl der Gemeinden enorm wichtig werden, bedeutete aber auch für die Kirche eine nicht zu unterschätzende Absicherung gegenüber allzu rüden Eingriffen der staatlichen Seite. Diese hatte natürlich nur zu rasch begriffen, daß die Kirchentage das Sicherheitsrisiko schlechthin im Lutherjahr darstellen würden. Eine streng geheime Meldung der HA XX/4, der Kirchenabteilung des MfS, zum Kirchentag in Eisleben demonstriert beispielhaft sehr eindrücklich, worauf man in „hoher revolutionärer Wachsamkeit“ zu achten hatte: „Der Kirchentag beginnt am 17. Juni, am Jahrestag des konterrevolutionären Putschversuches vom 17. Juni 1953 in der DDR, von der BRD zum ‚Tag der deutschen Einheit‘ erklärt.“³⁵

Im September 1982 befaßte sich das ZK der SED intensiv mit den kommenden Großereignissen. Beruhigung sollte die Analyse bewirken, „daß die Kirchentagsarbeit in der DDR gegenwärtig in den Händen loyaler Kräfte liegt“³⁶. Wo diese nicht ausreichen sollten, mußte die „staatliche Einflußnahme über die beiden Lutherkomitees organisiert werden. Die ökumenischen Gäste sollten durch „großzügige Einreisemöglichkeiten“ und allerlei Empfänge zu Wohlverhalten bewegt werden. Für die „Zulassung von Vertretern westlicher Massenmedien“ war ein besonderes Regime zu entwickeln. Insgesamt sollten die Kirchentage auf „realistische Größenordnungen“ herabgestuft werden. Insgesamt sei stets zu beachten: „Der Gegner wird versuchen, alle nutzbaren Erscheinungen für seine feindliche Tätigkeit zu verwenden. Es ist wachsam darauf zu achten, daß wir den Gegnern durch falsches Verhalten nicht in die Hände arbeiten. ‚Dummheiten, Gezänk u.ä. haben 1983 keinen Platz‘“, warnte das ZK der SED. Das MfS war natürlich auch immer dabei, wenn es darum ging, durch „Differenzierung“ und „Kontrolle der politisch-ideologischen Einflußnahme“ die kirchlichen Träume nicht ausufern zu lassen. Versuchen der Kirchentagsplaner, ihre Ver-

³⁴ Vgl. Martin-Luther-Komitee der DDR. Organisationsbüro: „Protokoll über die gemeinsame Beratung des Martin-Luther-Komitees der DDR mit dem kirchlichen Luther-Komitee am 2. September 1980“, 13.10.1980, BA DO 4/455; vgl. auch StS für Kirchenfragen. Persönlicher Referent: „Information zum Stand der Vorbereitung des Lutherjubiläums“, 31.10.1980, BA DO 4/456.

³⁵ Vgl. MfS: „5. Wochenbericht. Lutherehrungen in der DDR 1983“, 10.5.1983, BStU HA XX/4 1735.

³⁶ Vgl. Regierung der DDR. Der StS für Kirchenfragen: (Rund-)Brief Gysi an „Rat des Bezirkes. Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres“, 7.12.1981, BStU MfS BV Halle XX-360.

anstaltungen nebenher zu „kulturellen Höhepunkten“ auszubauen, waren auszubremsen. „Loyale Christen“ im Umfeld des Nationalrats der Nationalen Front des Friedensrates der DDR und der Ost-CDU bekamen den Parteiauftrag, in möglichst großer Zahl an den Kirchentagen teilzunehmen, um „Inhalt und Atmosphäre der kirchlichen Zusammenkünfte im positiven Sinne mitzuprägen“. Trotz aller dieser Restriktionen blieb das Risiko für die DDR-Staats- und Parteiführung hoch genug, weshalb abschließend gewarnt wurde: „Die staatlichen Entscheidungen für die Kirchentage gelten dem einmaligen konkreten Anlaß, dem 500. Geburtstag Martin Luthers, also für das Jahr 1983.“³⁷

Für die Kirchentage galt also der Ausnahmezustand. Diese Analyse mußte im Frühjahr weiter verschärft werden, als erkennbar wurde, daß die Kirchentagsarbeit sich gegenüber der BEK-Leitung und dem kirchlichen Lutherkomitee immer selbständiger auführte. Im Juni 1983 zog Honecker in einer Situation, als es eigentlich zu spät war, die Reißleine, wenn er anordnete, die „vorgesehenen Veranstaltungen sind kritischer zu prüfen und einzuschränken“³⁸.

Was war geschehen? Insgesamt liefen die sieben Kirchentage des Lutherjahres als fröhliche Glaubensfeste ab. Der reich illustrierte Berichtsband, den das Präsidium des Evangelischen Kirchentages in der DDR 1984 veröffentlichte, läßt das noch heute nacherleben³⁹. Das Erlebnis der großen Gemeinschaft der DDR-Christen untereinander und mit den ökumenischen Gästen wirkte ermutigend. Noch stärker blieb allerdings der Eindruck haften: Diese Kirchentage wurden zu Festspielen der Jugend! Fromm-arglose Gemeindeglieder erlebten voller Staunen auch allerlei langhaarige und überhaupt nicht kirchenkonforme Gestalten, die sich zwar einigermaßen ungewungen benahmen, aber zugleich auch eine liebenswürdige Friedfertigkeit tief verinnerlicht hatten. Verstörender wirkte es da schon auf traditionelle Christenmenschen und besonders auf die zahlreichen Einsatzkräfte des MfS, wenn bei den Kirchentagen im Lutherjahr erstmals die sog. „gesellschaftlichen Randgruppen“, die es in der sozialistischen Gesellschaft eigentlich gar nicht geben durfte, besondere Beachtung

³⁷ „Staatliche Positionen und Erwartungen zu den Kirchentagen 1983 (zur Erläuterung vor kirchlichen Verantwortungsträgern)“, 22.11.1982, BA DO 4/454.

³⁸ MfS. HA XX/4: „Vermerk. Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Gysi am 16.6.1983“, 17.6.1983, BStU HA XX/4 2064.

³⁹ Vgl. Vertrauen wagen. Kirchentage in der DDR im Lutherjahr 1983. Hg. im Auftrage des Präsidiums des Evangelischen Kirchentages in der DDR von Hans-Detlef Peter und Otto Schröder, [Weimar] 1984.

fanden. Im „Wort“ vom Kirchentag der Region Thüringen wurde dieses Thema öffentlich gemacht. Wenn wir diesen Text heute hören, mag er uns nicht mehr besonders beeindrucken. Damals waren solche Worte aber eine Sensation, wenn da gleich in mehrfacher Richtung Forderungen formuliert wurden, die DDR-spezifische Tabus berührten: „Wagt Vertrauen, indem ihr Brücken schlagt zu denen, die anders sind als es in der Kirche und Gesellschaft üblich ist. Wir denken an Alleinstehende, Homosexuelle, Depressive, Haftentlassene, Ausländer. Ihr Christen, seid ihnen, was sie suchen: Partner, nicht Betreuer, Mitfragende, nicht Besserwissende. [...] Ihr Kirchenleitungen, gebt den Initiativen mehr Raum, die nicht in das übliche Schema passen. [...] Wir bitten unseren Staat, der Phantasie für den Frieden mehr Raum und Recht zu geben.“⁴⁰

Das MfS begriff die Kirchentage als Großkampfauftrag: „Zur Gewährleistung des ständigen Zusammenwirkens mit den Organen der Partei, des Staatsapparates und gesellschaftlichen Organisationen sind Verbindungsoffiziere einzusetzen und ein Kurierdienst zu organisieren.“ Zu den MfS-Maßnahmen gehörten tägliche „Lageeinschätzungen, die „Bearbeitung, Kontrolle und Überwachung von Personen mit einer feindlich-negativen Einstellung aus allen gesellschaftlichen Bereichen“, die „Bearbeitung, Kontrolle und Überwachung von Personen, die rechtswidrige Ersuchen auf Übersiedlung in das NSA stellen“, die „Kontrolle und Überwachung von negativ dekadenten Jugendlichen/Jungerwachsenen“, die „Bearbeitung, Kontrolle und Überwachung von politisch-operativen Schwerpunkten“ und die „Ständige Analysierung des Ein- und Ausreiseverkehrs, um Konzentrationen operativ bedeutsamer Personen und sich entwickelnde Schwerpunkte rechtzeitig zu erkennen“. Gegebenenfalls waren umgehend „die erforderlichen Offensivmaßnahmen zu realisieren“. Zu den ohnehin vorhandenen MfS-Kadern wurden zusätzlich Dutzende „einsetzbare IM/GMS“ aktiviert⁴¹. Zu allen wichtigeren Teilnehmern wurden „Auskunftsberichte“ erstellt und fortlaufend aktualisiert. Die Berichte der durch die kirchentagsspezifische „Sprache Kanaans“ und die theologischen Probleme restlos überforderten IM waren oft von unfreiwilliger Komik erfüllt und dürften nicht immer hilfreich gewesen sein. Hier nur ein Beispiel: „Zu Beginn wurde durch eine Puppenbühne ein oder zwei Stücke gezeigt. Das erste Stück war ohne Ton, das zweite Stück handelte von Rotkäppchen, was

⁴⁰ Ebd. S. 12.

⁴¹ Vgl. MfS. KD Eisleben: „Maßnahmeplan zur politisch-operativen Sicherung der Vorbereitung und Durchführung des Kirchentages im Kreis Eisleben“ mit Anlage, 12.5.1983, MfS BV Halle XX 367.

aber nicht unbedingt den Märchencharakter tragen sollte, sondern einen hintergründigen Charakter und zwar Rotkäppchen wurde teilweise bißchen modernisiert. Rotkäppchen sollte dabei den sensibleren Typen spielen und der Wolf mehr den Draufgängertyp. Ich möchte dazu einschätzen, daß Rotkäppchen am Ende siegt, Rotkäppchen mehr den Christen spielen sollte, der dann doch über die böse Gewalt, nämlich über den bösen Wolf [siegt]. Dieser könnte u.U. die Gesellschaft darstellen oder Gegner der Christen.“⁴²

Am stärksten entgleiste der Wittenberger Kirchentag im September 1983. Kirchenstaatssekretär Gysi wertete ihn als „Bruch der gegebenen Zusage im Lutherjahr [...] und schlimmste[n] Kirchentag von allen“⁴³. Hier trat die sich formierende Opposition so öffentlichkeitswirksam auf, wie es das vorher noch nicht gegeben hatte. Eine wichtige Rolle spielte dabei Friedrich Schorlemmer, der als OV „Johannes“ bearbeitet wurde. Das MfS mobilisierte deshalb die ganze Breite seines Repressionsapparates: „Personenkontrollen“, „Realisierung von Inhaftierungen und Beauftragungen“, „Einsatz mobiler Fangeinrichtungen der D[V]P“, der Deutschen Volkspolizei also, „Bestimmung des Ortes für den zentralen Zuführungspunkt“, „Einsatz von zwei Fährtenhunden der Spezialeinheit Pretzsch“ und der „Einsatz der operativen Fernsehgruppe des Mdl“. Die Organisationseinheiten „Lagegruppe, Vorverdichtergruppe, Einsatzgruppe Sicherheitskräfte, Einsatzgruppe Abteilung VIII, Einsatzgruppe Abteilung XXVI und Einsatzgruppe Stützpunkte“ wurden auf volle Mannstärke gebracht⁴⁴.

Die kirchlichen Gäste aus der Bundesrepublik und aus der Ökumene fanden beim Kirchentagsvolk ganz gewiß viel Zulauf, verhielten sich aber in aller Regel so wohlgezogen, daß SED und MfS das immer nur mit Befriedigung registrieren konnten. Ganz anders die westlichen Medienvertreter auf den Kirchentagen, die sehr sorgfältig allen Anzeichen für einen politischen Aufbruch in der sklerotisierten DDR nachgingen und ausführlich darüber berichteten. Die Wirkung dieser Korrespondentenmeldungen läßt sich heute nur noch erahnen. Natürlich befriedigten sie vordergründig das Informationsbedürfnis des westlichen Publikums, politisch ungleich bedeutsamer aber waren

⁴² Ministerium für Außenhandel. Bereich Kommerzielle Koordinierung, Abteilung Tourismus: „Protokoll über die Beratung der zentralen Arbeitsgruppe Martin-Luther-Ehrung am 28.4.1982“, 28.4.1982, BStU HA XX/4 1735.

⁴³ Vgl. MfS. KD Wittenberg. Leiter: „Bericht zur Einschätzung des Standes der Sicherung der Vorbereitung der Luther-Ehrung 1983 in Wittenberg“, 1.6.1982, BStU MfS BV Halle XX-443.

⁴⁴ Vgl. MfS. BV Halle: „Besetzung während des Kirchentages in Wittenberg vom 22.9. bis 25.9.1983“, [undatiert], BStU MfS BV Halle XX-756.

die Rückwirkungen in die DDR hinein. Das MfS fertigte selbstverständlich täglich Abschriften der wichtigsten westlichen Medienberichte und –kommentare zur internen politischen und operativen Auswertung an. Mit noch größerer Aufmerksamkeit hörten und sahen allerdings die Vertreter der unabhängigen Gruppen, die sich an den Kirchentagen beteiligten, solche Berichte, erfuhren sie oft doch erst durch sie von professioneller Seite, welche politische Bedeutsamkeit ihnen oft ja eher noch handgestrickten Aktionen zugemessen wurden.

Die Analyse der Kirchentage, die HA XX/4 des MfS am 6. September 1983 vorlegte, umfaßte nicht weniger als 32 Seiten. Sie zeigt, wie ambivalent diese Kirchentage staatlicherseits eingeschätzt wurden. Einerseits wurden dort die „gesellschaftlichen Probleme“ in einer Breite diskutiert, die „staatsgefährdende“ Ausmaße erreichte. Andererseits mußten die „Berichterstatter „nach oben“ den Eindruck vermitteln, sie hätten doch letztlich alles unter Kontrolle: „Durch langfristig geplanten offensiven Einsatz geeigneter inoffizieller Kräfte, durch die Einbeziehung progressiver und loyaler Kräfte [...] wurden in den Arbeitsgruppen auftretende negative Tendenzen größtenteils neutralisiert.“ Andererseits mußte eingestanden werden: „Von politisch-operativer Bedeutung waren in allen Fällen die Informationsstände der verschiedensten ‚Friedenskreise, ‚Ökologie‘-Gruppen, ‚Bausoldaten‘-Gruppen, der Evangelischen Studentengemeinden sowie einiger kirchlicher Jugendgruppen. Mit Sorge registrierte das MfS darüber hinaus vor allem aber die durch die Kirchentage ermöglichte „Vernetzung“ der oppositionellen Kräfte auf dem gesamten Territorium der DDR. Der im Stasi-Jargon stets als „hinlänglich bekannt“ bezeichnete Rainer Eppelmann gehörte dabei zu den größten Sorgenkindern des MfS. Der Verlauf der Friedensdekade im November 1983, die gewissermaßen den Abschluß des Lutherjahres bildete, ohne eigentlich in deren Programm zu gehören, offenbarte das ganze Desaster. „Reaktionäre kirchliche und andere feindlich-negative Personen“ trugen dabei „massive Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung, vor allem gegen die Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der DDR“ vor, wie das MfS betrübt feststellen mußte⁴⁵.

⁴⁵ Vgl. MfS HA XX/4: „Zusammenfassende Einschätzung zu den Luther-Ehrungen 1983 in der DDR und die wesentlichsten politisch-operativen Erkenntnisse aus den Sicherungseinsätzen (1. Entwurf)“, 6.9.1983, BStU HA XX/4 2064.

Im November 1983 hatte es sich dann endlich „ausgeluthert“. Die Erschöpfung war auf allen beteiligten Seiten groß, auch wenn in den diversen Abschlußberichten durchaus unterschiedliche Akzente gesetzt wurden. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR berichtete nach Bonn: „Der 500. Geburtstag Luthers wurde in der DDR von den evangelischen Kirchen und dem Staat während des ganzen Jahres mit außergewöhnlich vielen Veranstaltungen, Ausstellungen und Kongressen, mit breiter publizistischer Begleitung und großer öffentlicher Resonanz begangen, die Zielsetzungen waren allerdings unterschiedlich. Die Kirchen ehrten Luther als Reformator, der der Ökumene gehört. Der Staat bewertete Luthers führende Rolle in der ‚frühbürgerlichen Revolution‘ neu und erstmals positiv. [...] Bezwackt wurde damit, der Bevölkerung die Identifikation mit dem kommunistischen Staat zu erleichtern und das internationale Ansehen der DDR zu erhöhen. Die Kirchen konnten sich im Lutherjahr als eigenständige und eigenverantwortliche Institution in der DDR in großer Breite darstellen und hierdurch an Selbstbewußtsein gewinnen. Der hohe Mobilisierungseffekt und die Gemeinschaftserlebnisse der sieben Kirchentage trugen zur Ermutigung vieler im Alltag isolierter Gemeinden bei.“⁴⁶ Diese grundsätzlich positive Bewertung teilte auch die kircheninterne AG „Auswertung des Lutherjahrs“, die allerdings neben mancher Einzelkritik vor allem die fehlende „Gemeindewirksamkeit“ des Lutherjahres monierte⁴⁷. Dieses Problem teilte sie, wenn natürlich auch unter anderen Vorzeichen, mit der SED-Führung, deren „Gemeinden (= Parteigruppen)“ sich auch nicht durch Luther hatten aktivieren lassen. Die vielfachen Feierlichkeiten der oberen Ebene wurden von der Basis eben doch vor allem als Überanstrengung wahrgenommen. Die gemeinsamen Auftritte der Staats- und Parteiführung mit den kreuzbewehrten Bischöfen weckten alles in allem dort eher doch Mißtrauen: Welche widernatürliche Allianz sollte da praktiziert werden?⁴⁸ Die gesellschaftlich wache und teilweise randständige Jugend hatte ihre Chancen nach Kräften genutzt, fühlte sich aber gerade deswegen auch von den jeweiligen Leitungsebenen schikaniert und ausgegrenzt. Bereits am 22. November 1983 stellte Manfred Stolpe in einem Gemeindevortrag in Forst ernüchtert und ernüchternd fest: „Das Lutherjubiläum ist vorbei. An den Hauptstrecken des Festes ist Luthermüdigkeit,

⁴⁶ StäV: Fernschreiben Bräutigam an BK. Gruppe 22, BMB und AA, „Betr.: Luther-Ehrungen in der DDR 1983, hier: Zusammenfassende Bewertung“, 21.12.1983, BA LF DDR 3412.

⁴⁷ Vgl. „Niederschrift über die 2. Sitzung der AG ‚Auswertung des Lutherjahrs‘ des Lutherkomitees der Evangelischen Kirchen in der DDR am 14. September 1983 in Berlin (Konzept)“, EZA 101/3004.

⁴⁸ Das MfS hat diese „Effekte“ des Lutherjahres 1983 in zahlreichen Analysen protokolliert und analysiert.

ja auch Lutherverdruß zu beobachten.“⁴⁹ Oder anders und mit der „Distel“ ausgedrückt: Ja, mit Herrn Luther schien zunächst alles in Butter zu sein, aber über das Jahr 1983 hinweg war die Butter ranzig geworden. Bereits am Ende des Lutherjahres begann die SED- und Staatsführung mit der Ausarbeitung eines umfangreichen Programms, um die Kirchen und Christen in der DDR vielleicht doch noch „zu einer gesicherten Loyalität gegenüber dem sozialistischen Staat und seiner Politik zu führen“. Die Fülle und der Inhalt der dort versammelten Vorschläge offenbarten wachsende Resignation. Eine Verstetigung der „revolutionären Ergebnisse“ in der DDR unter dem Zeichen Luthers hatte sich als Fata Morgana erwiesen. Ganz im Gegenteil hatten sich unter den Rahmenbedingungen des Lutherjahres die oppositionellen Kräfte so weit formiert und profiliert, daß die SED seit dem Lutherjahr mit einer organisierten politischen Opposition rechnen mußte, die im großen Herbst 1989 entscheidenden Anteil am Sturz der SED-Diktatur haben sollte. Honeckers letzte Zuflucht auf dem Boden der DDR blieb ausgerechnet das fromme Pfarrhaus in Lobetal, wo ihn – wiederum ausgerechnet – der „hinlänglich bekannte“ Rainer Eppelmann besuchte und in einem seelsorgerlichen Gespräch zu dem im Fernsehen veröffentlichte Eingeständnis bewegte: „Ich habe mit meinen politischen Freunden zu spät versucht, andere Verhältnisse in der SED herbeizuführen.“ Das geschah am 15. Februar 1990 – nur sieben Jahre, nachdem die Butter um Luther ranzig geworden war.

Ideologisch beerdigte Margot Honecker, die „letzte Stalinistin der DDR“, die von ihrem Mann ausgelösten Aufbrüche spätestens im Dezember 1984 auf einer „Lehrplanberatung“. Man müsse fortan sehr darauf achten, „nicht zu sehr Kirchengeschichte zu machen. Diese Rollback-Politik war schon durch einen ZK-Beschluß vom 26. Oktober 1983 auf den Weg gebracht worden. Honeckers praktische und ideologische Kooperationsangebote an die Kirchen hatten keinen Rückhalt mehr in der Partei, wenn diese ihn je gehabt hatten. Das gilt auch für die gleichgearteten Bemühungen der SED-Führung um Mormonen, Adventisten und dann wieder – vielbeachtet die Jüdischen Gemeinden in der DDR 1988, dem Gedenkjahr der Reichskristallnacht und der damit verbundenen „Gedenkepidemie“. Also in jenem Jahr, in dem Michail Gorbatschow das Millennium der Taufe Rußlands im Katherinensaal des Moskauer Kremls in Gegenwart von Patriarch Pimen I. feierte, wobei er feierlich erklärte: „Wie

⁴⁹ Vgl. Manfred Stolpe: „Luther 84 – Betrachtungen im 501. Jahr“ (Gemeindevortrag am 22.11.1983 in Forst, maschinenschriftl. Kopie), BStU MfS XX/4 159.

haben *eine* gemeinsame Geschichte, *ein* Vaterland und *eine* Zukunft.“ Aber das ist dann schon wieder eine ganz andere Geschichte!

Auch das Reformationsjubiläum 2017 wird dann natürlich eine ganz andere Geschichte werden. Aber manche Bilder gleichen sich doch.

Auch die Feiern 2017 wurden außerhalb der Kirchen auf den Weg gebracht. War es 1983 die SED, die Luthers 500. Geburtstag zum nationalen Großereignis ausrief, so sind es jetzt die Tourismus-Experten, die die Reformationsdekade entscheidend auf den Weg brachten. Das Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Stellen bei der Vorbereitung der Jubelfeiern 2017 ist bis heute von diesen Anfängen gekennzeichnet, was heißen soll, nicht ohne Probleme.

Was man eigentlich feiern will, ist bis heute nicht wirklich geklärt: „Luther 2017“ oder „Reformation 2017“, das sind schon sehr unterschiedliche Zugänge. „Reformation 2017“ wäre wohl sachgemäß, böte es doch sehr viel breitere innerprotestantische und ökumenische Zugänge.

Ob und wie man der Reformation auch in Gemeinschaft der weltweiten Ökumene von den Katholiken bis hin zu den protestantisch bestimmten Freikirchen und Regiongemeinschaften gedenken will und kann, wäre auch endlich einmal zu klären.

Geld ist mehr als genug vorhanden. EKD, BKM, die Landeskirchen und Bundesländer bringen alle mehr als nur ihr Scherflein bei, um das große Fest auszustatten. Die Zahl der großen und kleineren geplanten Ausstellungen erreicht gigantische Ausmaße und mag besorgte Anfragen von der Art auslösen: Wie wird das mit der Konkurrenz um einschlägige Exponate moderiert werden können, und wer soll das alles überhaupt rezipieren?

Wie steht es um die Internationalität des Reformationsgedenkens? Der Protestantismus von Südkorea über die Länder des östlichen Europa bis hin in die USA und nach Südamerika fragt nach seinen Beteiligungsmöglichkeiten ebenso wie gerade die kleinen protestantischen Kirchen in ihrer jeweiligen Diasporasituation.

Was theologisch im Zentrum der Feiern 2017 stehen könnte oder sollte, ist bisher eher unscharf auszumachen. Das Büchlein „Rechtfertigung und Freiheit“, dieser „Grundlagentext“ des Rates der EKD, hat in seiner ganzen Peinlichkeit schon genug berechnete Kritik erfahren. Die Hektik, die Anfragen zum Problemkreis „Luther und die Juden“ ausgelöst haben, zeigt auf ihre Weise, wie wenig man sich des Themas von „Reformation 2017“ bis jetzt gewiß ist.

Und schließlich und endlich: Bis jetzt läuft trotz so mancher ehrenwerter Aktivitäten das ganze Unternehmen doch (wieder) sehr gemeinde- und gesellschaftsfern ab. Wie 1983 mehren sich die irritierten Stimmen: Was soll uns das Ganze eigentlich? Vielleicht wäre auch im Falle von „Reformation 2017“ weniger mehr.